

„Bildungspolitik ist verkrustet“

Der frühere Schulamtsdirektor bleibt kritischer Beobachter

INTERVIEW VON SILVIA SCHÄFER

ANSBACH - Längst ist Heinz Kreiselmeyer (80) im Ruhestand. Den ehemaligen leitenden Schulbeamten beschäftigen die Themen pädagogische Bildung und Erziehung nach wie vor. Seine Kritik am Schulsystem ist nicht leiser geworden. Auch der Clinch mit der Regierung von Mittelfranken kommt im Rückblick zur Sprache.

Sie sind jetzt 80 Jahre alt. Als Ansbacher Schulamtsdirektor hat Ihnen Ihr Engagement für die Initiative "Praktisches Lernen" eine Disziplinarstrafe eingebracht. Die Geldbuße betrug ein Monatsgehalt. Würden Sie im Rückblick alles genauso wieder machen?

Ja, ja und noch mal ja. Ich würde meine Anliegen, die Reform von Schule und Schulverwaltung, genauso vehement wieder vertreten. Meinen Verbündeten und mir ist es nicht nachhaltig gelungen, Politik und Administration im Dialog auf Augenhöhe für die Erneuerung von Schule zu gewinnen. Das jahrelange Ringen um eine bessere Schule hat mich in meinem Bemühen um Veränderung gestärkt, bis heute. Ohne Rückenstärkung durch Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und die gesamte bayerische Öffentlichkeit hätte ich den „Kampf“ nicht durchgestanden.

Sie haben dafür gekämpft, dass die Schule die Kinder mehr auf das Leben als Erwachsene vorbereitet. Waren Ihre Bemühungen um die jungen Menschen vergeblich?

Es entstanden sehr viele Reformprojekte. Ich denke unter anderem an die Holzwerkstatt in der Luitpoldschule, das Schuldruckzentrum der Waldschule, an Lernwerkstätten, Schülerfirmen und Schülercafés, auch bayernweit. Die Initiative Praktisches Lernen Bayern akquirierte innerhalb von 15 Jahren rund elf Millionen Euro über Sponsoren und Stiftungen, besonders über die Hermann-Gutmann-Stiftung. Allerdings ist es nicht gelungen, diese Projekte als integrierte Regelangebote an Schulen zu verankern, geschweige denn flächendeckend bayernweit einzuführen. So wurden aus Reformprojekten schließlich leider Reformruinen.

Ihre Vereinsinitiative "Praktisches Lernen" war Anstoß für eine zeitgemäße Schule, in der Kinder lernen, wie man sich in einem sozialen Konstrukt verhält. Was ist davon übrig geblieben?

Ohne Mehrheiten lässt sich nicht dauerhaft und flächendeckend realisieren, was wir wollten. So lange wir eine vierstufige Hierarchie (Ministerium, Bezirksregierungen, Schulämter, Schulen) haben, lassen sich die verkrusteten Strukturen nicht aufbrechen. Schule, Eltern und Schüler müssen auf Augenhöhe eine Einheit bilden. Was dabei zählt, sind: Wertschätzung, Beziehung, Partizipation, Verantwortung, Sinn. Und ein Lernen mit Kopf, Herz und Hand. Forschend-entdeckendes, aktiv selbstbestimmtes, lebensnah-

praktisches und individualisierendes und kooperatives Lernen sollten im Mittelpunkt stehen. Die Initiative hat sich schließlich wegen unüberbrückbarer Differenzen mit der Administration aufgelöst. Nach wie vor jedoch gibt es die Weiterführung der Lernwerkstätten in Bayern und das Netzwerk „Bildungspartnerschaften“.

Sie haben sich dafür eingesetzt, dass Kinder eine gleichwertige Bildung bekommen und nicht auf die Gegebenheiten ihrer Eltern angewiesen sind. Bereits in der Unterstufe müssen Kinder hierzulande zum Psychologen, weil sie mit dem Druck nicht klarkommen. Was läuft da schief?

Es gibt kein richtiges Leben im falschen. Das gilt auch für das Schul-Leben. Es fehlt an Akzeptanz, Ermutigung und individueller Förderung für unsere Kinder, vor allem aus sozial schwächeren Familien und Migrantenfamilien. Das selektive Schulsystem mit Trennung der Schüler nach vier Jahren gemeinsamer Schule ist ein Unglück für unsere Kinder. So kann kein „neues Wir“ entwickelt werden. Dabei wäre es für unsere gesplittete Gesellschaft so wichtig, diese Haltungen in einer möglichst lang dauernden Gemeinschaftsschule einzuüben. Eltern investieren gewaltige Summen in Nachhilfeeinrichtungen um schulische Ziele zu erreichen. Eine zum Himmel schreiende Bildungsungerechtigkeit. Bildungsverwaltung muss Bedingungen schaffen, die teure Nachhilfe erübrigt. Es ist eine Katastrophe. Ich plädiere angesichts der immer größer werdenden Bildungsdefizite für die Gemeinschaftsschule. Zu viele Kinder, besonders aus benachteiligten Verhältnissen gehen der Gesellschaft unter den Bedingungen von Notendruck und früher Auslese verloren und stranden als Bildungsverlierer. Dies ist unter persönlichen, demokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht tragbar und fügt unserem Land großen Schaden zu.

Lehrermangel. Schwierigkeiten in der Digitalisierung und Uneinigheiten über die Ansprüche an die Lehrpläne erschweren die pädagogische Arbeit. Spaß, Unterhaltung, Information, Kommunikation und Interaktion finden Kinder und Jugendliche im Internet. Ein Konflikt zweier Welten?

Die Online-Gemeinschaft kann die individuelle und die kollektive Erfahrung einer realen Gemeinschaft nicht ersetzen, weil Realität durch nichts zu ersetzen ist. In Zeiten von „Fake-News“ und Online-Desinformation muss Schule mit Experten und kompetenten Lehrkräften spezifische Medienkompetenz fördern. Schüler müssen in der Lage sein, seriöse von unseriösen Quellen, virtuelle Welten von realen Welten zu unterscheiden. Der Umgang mit digitalen Medien hat seinen didaktischen Ort in der Schule. Zur Einrichtung längst überfälliger multiprofessioneller Teams an Schulen gehören auch IT-Fachkräfte, die fachlich kompetent, den digitalen Betrieb „am Laufen halten“.

Sie sind 2006 in den Ruhestand gegangen. Haben Sie das Kapitel über Ihre schulische Vergangenheit abgehakt?

Noch längst nicht. Ich hoffe, mein Interesse als kritischer Beobachter von Bildungspolitik und Schulentwicklung als eine Entwicklung von unten erlöscht nie. Meine Vision, für die ich mich weiterhin mit besten Kräften einsetzen möchte, ist die Entwicklung unserer Schulen hin zu einer Gemeinschaftsschule, die an die inklusive Grundschule an-

schließt. Eine Gemeinschaftsschule, die notenfrei ist, auf Sitzenbleiben verzichtet und sich vom aktuellen Schulwesen systemisch in all ihren Strukturen, Inhalten, Methoden, Verfahren und Ressourcen unterscheidet. Das wäre dann eine ganz andere Schule, der es in erster Linie um das Gelingen von Schule, um „Schatzsuche“ ginge: Beginnen müssten wir dabei mit einer gründlichen Revision der Lehrerbildung.

Wegen des fehlenden Rückhalts innerhalb der CSU für Ihr schulpolitisches Engagement sind Sie seinerzeit aus der Partei ausgetreten. Wie bewerten Sie heute die christlich-soziale Politik?

Vor einigen Monaten besuchte ich als Gast die Landesdelegiertenversammlung des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV). Als Gastredner sprach auch Ministerpräsident Markus Söder. Man müsse die „Schule neu erfinden“ appellierte er. Ich traute meinen Ohren nicht. Der Ministerpräsident stellte Forderungen auf, die bereits vor 30 und 40 Jahren allerorten rauf und runter diskutiert wurden. Die Konzepte lagen vor, Die Reaktionen blieben aus. Alles längst bekannt, es fehlt leider - wie so oft - die Umsetzung.

Demokratie lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger am politischen Diskurs beteiligen.

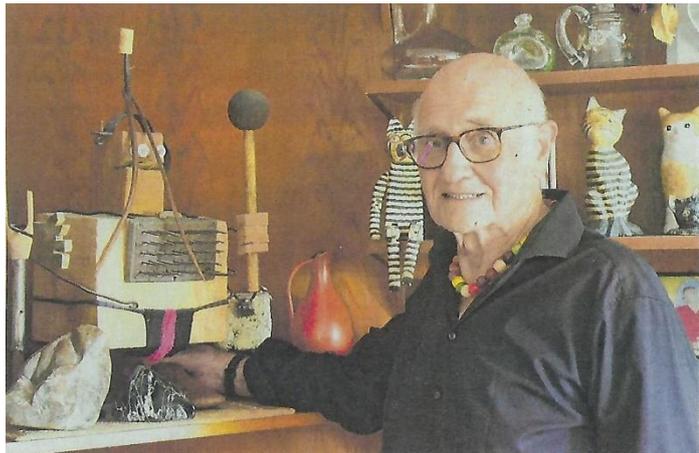
Das beginnt bereits in den Kindertagesstätten. Demokratisches Handeln muss erlebt und erfahren werden, von Anfang an. Der Lebensraum unserer Kinder in Kindertagesstätten und Schulen bietet hierfür viele Möglichkeiten. Wir sollten sie nutzen, Schule muss mehr sein als bloßes Abbild der Gesellschaft, sie muss demokratisches Übungs- und Lernfeld sein mit Möglichkeiten der aktiven Beteiligung an Entscheidungsfindungen, am Dialog, der partizipativen Teilhabe, Es ist hier nicht der Ort um die Vision einer "Demokratischen Schule" auszuführen. Die Einladung zum Diskurs, auch mit Vertreterinnen und Vertretern der CSU, würde ich gerne annehmen,

Als ehemaliger Vorsitzender und derzeit Mitglied der Bürgerbewegung für Menschenwürde in der Region Ansbach erheben Sie die Stimme für die Demokratie und den Rechtsstaat. Sehen Sie Gefahren auch in Mittelfranken durch das Erstarken rechtsradikaler Tendenzen beziehungsweise durch entsprechende Wahlergebnisse?

Es ist wichtig, gegen die rechte, nationalistische und völkische Radikalität Flagge zu zeigen. Da ist Zivilcourage nötig. Da werden Menschen gebraucht, die den Diskurs wagen und keine Brandmauern hochziehen. Auch hier könnte Schule in Form von Seminaren zum Thema „Zivilcourage“ ihren Beitrag leisten oder sich der Initiative „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ anschließen. „Menschenwürde“, ein weites Feld für Schulen, die mit praktischem Lernen Ernst machen, Da heißt es: Schulen, geht auf die zivilgesellschaftlichen Gruppen zu und wagt den Dialog, werdet öffentlich,

Zur Person

Als Leiter des Staatlichen Schulamtes für die Stadt und den Landkreis Ansbach engagierte sich Heinz Kreiselmeyer gleichzeitig für eine Initiative, die Kultusbürokratie kritisierte und sich für eine innere Schulreform einsetzte. Zahlreiche Projekte, durch die Lernen an praktischen Beispielen erfolgen sollte, wurden initiiert - auch mit Hilfe großzügiger Geldspenden. Dafür



gab es viel Anerkennung in der Öffentlichkeit und teils auch von Seiten der Politik. Die Regierung von Mittelfranken hielt die Vermischung zwischen hoheitlichen Aufgaben und Vereinstätigkeit für unzulässig und leitete ein Disziplinarverfahren gegen den Schulamtschef ein. Das nagt an ihm. Im Ruhestand knüpft der Ansbacher an das „Praktische Lernen“ an, das ihm als Pädagoge wichtig war: handeln. Als aktives Mitglied der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken und der Initiative Blühflächen am Stadtrand.

Dieses Interview ist erschienen in der Fränkischen Landeszeitung, Ausgabe vom 31.08.2023